

# kompakt

Parteireform in NRW

NRW  
SPD

## NRWSPD 2001

### Inhalt

- I. Land im Wandel - NRWSPD im Wandel Seite 2
- II. Die Werte-, Mitglieder und Volkspartei der Zukunft Seite 2
- III. Aufgaben der Partei vor Ort, in der Region und im Land Seite 5
- IV. Modell der zukünftigen Struktur Seite 8
- V. Reformprojekt, Zielmarken und Maßnahmenkatalog Seite 10

NRWSPD.de

Das Ergebnispapier der Strukturkommission ist auch im Internet verfügbar:  
[www.nrwspd.de/parteireform/](http://www.nrwspd.de/parteireform/)

### Ergebnispapier der Strukturkommission

#### Liebe Genossinnen und Genossen,

die vom SPD-Landesparteitag eingesetzte Strukturkommission hat ein Ergebnispapier ihrer bisherigen Arbeit beschlossen, das mit dieser Broschüre zur Diskussion an die Mitglieder und die Gliederungen der SPD in Nordrhein-Westfalen geht. Anfang März will die Kommission auf der Grundlage dieses Papiers und im Licht der zwischenzeitlichen Diskussion ihren Antrag an den Landesparteitag richten, der am 31. März 2001 stattfinden wird. In dem Papier wird vorgeschlagen:

- Die Landesebene hat die umfassende politische Führungsaufgabe und erhält die Personal- und Finanzhoheit im Land.
- Die 54 Unterbezirke bleiben in ihrem derzeitigen Gebietszuschnitt bestehen. Sie werden mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle ausgestattet. Ortsvereine, Stadtverbände und Unterbezirke bekommen verstärkte politische Unterstützung.

- Auf der regionalen Ebene - bisher Bezirke - werden Geschäftsstellen eingerichtet, die alle Formen parteilicher regionaler Zusammenarbeit unterstützen. Hier werden auch wie bisher Nominierung und Platzierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate und Funktionen vorbereitet.
- Ein Landesparteirat und ein Kommunalrat werden eingerichtet.

Die neue Struktur soll ab dem 1. Januar 2002 gelten.

Diskutiert den Entwurf so breit wie möglich in Ortsvereinen, Stadtverbänden, Unterbezirken, Bezirken und Arbeitsgemeinschaften. Wir brauchen eine breite, offene und faire Diskussion bis zum Landesparteitag.

Euer

*Franz Müntzsch*

## I. Land im Wandel - NRWSPD im Wandel

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Seine Menschen, seine Wirtschaft, sein soziales Gewissen sind stark. Keine andere Partei passt zu diesem Land wie wir. Wir haben viele Siege gefeiert, auch ein paar Niederlagen eingesteckt. Unsere Stärke liegt in unserer gesellschaftlichen Verankerung und in unserer Fähigkeit, den Wandel sozial zu gestalten. Beides zu erhalten ist unsere Aufgabe.

Nordrhein-Westfalen hat sich stets dynamisch verändert. In immer schnellerem Tempo hat es sich vom Land der qualmenden Schlote zum Hightech-Land mit industrieller Basis entwickelt. Wir hatten die Chance, diesem Wandel Richtung und ein menschliches Gesicht zu geben.

Die Erfolgsgeschichte NRW soll sich fortsetzen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft gestalten, und dazu zunächst bei den anstehenden Wahlen 2002, 2004 und 2005 das Vertrauen der Menschen gewinnen. Wir wissen: Wir müssen Schritt halten mit der hohen Dynamik unseres Landes, für die wir selbst gesorgt haben. Aus einer Position der Stärke heraus geht das am besten. Sie muss auch organisationspolitisch abgesichert sein. Für die notwendigen Reformen ist das Jahr 2001 besonders geeignet.

Unsere Wahlergebnisse bei den zurückliegenden Kommunal- und Landtagswahlen waren abnehmend. Unsere Mitgliedschaft schmilzt: 300.000 auf dem Höchststand 1980, 212.000 im Jahr 2000. Und der Trend ist bisher nicht gestoppt. Wir haben erfreulich viele Mitglieder in der mittleren und älteren Altersgruppe, aber unerfreulich wenig junge. Steigende Kosten und stagnierende Einnahmen zwingen uns schon bald zu Einschnitten, wenn wir jetzt nicht handeln.

Unsere strukturelle Mehrheitsfähigkeit basiert auf drei Säulen: Erstens der lokalen Verwurzelung, zweitens der regionalen Vernetzung in Vereinen, Verbänden, Kirchen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, drittens auf der Verankerung in der Arbeitswelt. Dies alles ist unsicherer geworden.

Die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD in Nordrhein-Westfalen ist dort gefährdet, wo es an konzeptioneller Gestaltungskraft mangelt. Die gemeinsame Arbeit an Handlungskonzepten, wie unter neuartigen, sich rasch wandelnden Bedingungen Arbeit *und* Umwelt, industrielle Kompetenz *und* sozialer Ausgleich, Innovation *und* Gerechtigkeit zusammengeführt werden, muss deshalb in den Mittelpunkt unserer inhaltlichen und strategischen Arbeit treten.

Wir werden weiter alle mitnehmen, für Sicherheit im Wandel sorgen. Das können wir. Offen, stark und erfolgreich - das ist die NRWSPD im neuen Jahrzehnt.

## II. Die Werte-, Mitglieder- und Volkspartei der Zukunft

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die sozialdemokratischen Grundwerte. Sie bilden das sichere Fundament unseres politischen Denkens und Handelns. Gerade in Zeiten tiefgreifenden Wandels ist ihre Bedeutung aktueller denn je. Die Grundwerte sind nicht nur Tradition, sie sind auch Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Leitplanken bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben.

Ein erfolgreicher Weg der Zukunftsgestaltung braucht möglichst viele Menschen, die sich offen zu diesen Grundwerten bekennen und die an dieser Gestaltungsaufgabe

teilhaben wollen. Kein Parlament und keine Regierung sind alleine in der Lage, die Stabilität und positive Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Erst das offene Engagement vieler schafft das und sorgt für den notwendigen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Deshalb gibt es keine Alternative zur SPD als Mitglieder- und Volkspartei.

Die SPD lebt von ihren und durch ihre Mitglieder. Sie sind die Basis des politischen Handelns der SPD. Ihre Bedürfnisse und Erwartungen müssen in der Alltagspraxis einen hohen Stellenwert einnehmen. Dies gilt sowohl für die Kommunikation und die Information, als auch für Angebote zur Beteiligung und Mitarbeit.

Mitreden, mitentscheiden, mitmachen! Die Mitglieder bilden die eigentliche Nahtstelle zwischen Politik und Gesellschaft. Hier entsteht der direkteste und natürlichste Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Partei.

Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen politischen Engagement wird in Zukunft von der Attraktivität und Flexibilität dieser Angebote zur Beteiligung und Mitarbeit abhängen.

Die Mitglieder wollen jederzeit die Möglichkeit haben, Gehör zu finden, mitzuentcheiden und ihre Stimme für oder gegen etwas in die Waagschale zu werfen. Deswegen müssen wir ihnen leichtere, bessere und vielfältigere Angebote machen, sich aktiv an innerparteilichen Entscheidungen zu beteiligen.

Nicht nur die Teilnahme an Sitzungen, auch das Eintreten für die Partei im Verein oder am Arbeitsplatz verdient Anerkennung und Unterstützung und ist unverzichtbare politische Aktivität. Die Formen des Engagements für die Partei sind vielfältig und gehen weit über Angebotsstrukturen hinaus, die auf interne Parteiveranstaltungen zielen.

Volkspartei zu sein bedeutet aber weiterhin: Offen zu sein für alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung und offene Meinungs- und Willensbildungsprozesse sicher zu stellen, die zur modernen Medien- und Informationsgesellschaft passen. Es bedeutet auch, Moderator zu sein, einen Resonanzboden zu bieten für neue Ideen und Strömungen in unserer Gesellschaft. Nur so werden wir Gestalter des Wandels bleiben.

Offene Strukturen und Arbeitsweisen sind erforderlich. Neue Ansprachekonzepte für alle Zielgruppen. Auf die veränderten Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen muss in angemessener Form reagiert, neue Problemstellungen müssen aufgegriffen und beantwortet werden.

Ziel ist mehr Außenwirkung, auf Landesebene genauso wie vor Ort. Das setzt eine Professionalisierung und zielgerichtete Strukturen voraus. Wir werden unsere Präsenz vor Ort in der Fläche erhalten und ausbauen und unseren ehrenamtlichen Funktionären und hauptamtlichen Mitarbeitern immer optimale Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung geben. Für all das ist in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine hauptamtliche Infrastruktur dauerhaft unverzichtbar.

Werte-, Mitglieder- und Volkspartei der Zukunft zu sein bedeutet heute zu überprüfen, ob unsere bestehenden Angebote die Menschen erreichen. Wir sind bereit, Aufgaben neu zu definieren und uns neuen Aufgaben zu stellen.

## II.1 NRWSPD - verankert in der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt ist eine der wesentlichen Säulen der strukturellen Mehrheitsfähigkeit der SPD. Die NRWSPD hat immer einen großen Teil ihrer Stärke aus der engen Verzahnung mit der Arbeitswelt gezogen. Die Betriebe – egal ob “alte” oder “neue” Wirtschaft - sind weiterhin zentrale Bezugspunkte für die Menschen. Hier werden Meinungen gemacht. Doch die alte Gleichung Betriebsrat = Gewerkschafter = Sozialdemokrat ist seltener geworden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte, Personalräte, Vertrauensleute, Geschäftsführer, Selbständige, Handwerker, Existenzgründer und -gründerinnen – die Arbeitswelt in ihrer Vielfalt steht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Erfahrungen aus der Arbeitswelt müssen direkt in die Willensbildung der SPD einfließen. Wir bauen dazu ein Netzwerk auf, ein Forum für die Zukunftsgestaltung.

## II.2 Vernetzung mit der Gesellschaft

Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und engagiert ist. Um dies zu erreichen, müssen wir uns stärker öffnen und den Kontakt und den Dialog mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen auf allen Ebenen führen. Regelmäßige Kontakte, Gespräche und unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kirchen, Sozialverbänden, kulturellen Einrichtungen, Vereinen, Verbänden, Organisationen, Initiativen etc. fördern das gegenseitige Verständnis und schaffen Vertrauen.

Die politische Vertrauensarbeit muss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen ausgerichtet sein. Nur wenn wir die Menschen dort erreichen, ist politische Führung möglich.

## II.3 NRWSPD - Die Kommunalpartei

Die SPD in NRW wurde stark, weil sie in den Kommunen präsent, fest verankert und nahe bei den Menschen war. Keine Partei hat die Städte und das Land so geprägt wie die SPD. Das Motto "Stadt und Land - Hand in Hand" war Garant für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes NRW.

Vertrauen und Stärke vor Ort ist auch der Schlüssel zum Erfolg der NRWSPD in der Zukunft. Das Fundament für den Erfolg auch auf Landes- oder Bundesebene wird vor Ort, in der Kommune gelegt. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) ist dabei die organisatorische Stütze. Unsere Kommunalpolitiker und -politikerinnen haben den direktesten Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern. Hier sind die Auswirkungen politischen Handelns hautnah spürbar. Hier entsteht Vertrauen.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 12. September 1999 hat weh getan. Jetzt muss unser Ziel sein, 2004 den Pendelausschlag zu schaffen. Dazu müssen wir altes Vertrauen zurückgewinnen und neues schaffen. Wir wollen 2004 wieder *die* Kommunalpartei in NRW werden.

Dazu muss es ein Netzwerk der Kommunalpolitiker/innen in NRW geben, das einen ständigen und umfassenden Meinungs- und Erfahrungsaustausch zur Gegenwart und Zukunft unserer Städte und Regionen führt. Dazu wird in Abstimmung mit der SGK ein NRWSPD-Kommunalrat gebildet.

Auch mit Hilfe der neuen Kulturtechniken werden wir die Kommunikation und den Informationsfluss der Ratsfraktionen untereinander und zur Landesebene auf eine neue Plattform stellen.

## II.4 Teilhabe an Meinungs- und Willens- bildung ermöglichen

Politik und Macht treten immer stärker auseinander. Immer mehr gesellschaftliche Gestaltungskraft wandert von der Politik in private Institutionen (wie den zentralen global agierender Unternehmungen) ab. Wir wollen mehr Gestaltungskraft in die Politik zurückholen. Denn demokratische Macht gibt es nur mit

demokratischen Mitgliederparteien – nicht ohne sie. Dies entspricht dem Bild einer modernen Zivil- und Bürgergesellschaft. Dezentrale Mitverantwortung und Mitbestimmung, gerechte Lasten- und Nutzenverteilung benötigen ein Gesellschafts- und Politikmodell, das individueller Beteiligung und Verantwortung Raum verschafft. Willens- und Meinungsbildung erfahren so eine demokratische Erneuerung.

Offene Meinungs- und Willensbildung setzt Transparenz und Beteiligung voraus. Die Ausübung von Mitgliedsrechten bei Abstimmungen und Wahlen allein ist für viele Mitglieder kein ausreichender Anreiz mehr, am Parteileben teilzunehmen. Die bisherige Angebotsstruktur zur Mitarbeit ist zu stark auf Funktionäre und Mandatsträger/innen ausgerichtet und zu wenig an den Bedürfnissen der Mitglieder orientiert. Nicht jede Ebene kann alles anbieten. Daher wird ein innerparteiliches Netzwerk geschaffen, das Parteimitgliedern die inhaltliche Zusammenarbeit über die üblichen Organisationsgrenzen hinaus ermöglicht. Als eine dafür immer bedeutsamere Technik bietet sich das Internet an.

Projektarbeit ist eine Form, Mitglieder besser und umfassender an der Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen. Projekte bieten die Möglichkeit, sich zu einer bestimmten Thematik in einem begrenzten, überschaubaren Zeitraum einzubringen. Sie bietet auch externen Expert/inn/en und Bürger/inne/n die Möglichkeit sich am Meinungs- und Willensbildungsprozess zu beteiligen.

Die Mediengesellschaft wird auch die Meinungs- und Willensbildungsprozesse innerhalb der SPD verändern. Lange Diskussions- und Entscheidungsprozesse über alle Ebenen hinweg sind nicht immer möglich. Es gilt daher auch die Schnelligkeit des Internets - in Kombination mit der frühzeitigen Themenansprache - im Bereich der Meinungs- und Willensbildung für die Partei nutzbar zu machen.

## II. 5 Kommunikation

Die Menge an Informationen und ihre schnelle Verfügbarkeit stellen hohe Anforderungen an uns als Partei, denn es gilt, Orientierung zu geben. Kompetenz in der Sache, Professionalität in der Umsetzung und die Bereitschaft zur Kommunikation sind erforderlich. Dazu

gibt es viele bewährte Instrumente; das Internet, die elektronische Kommunikation, bietet zusätzliche Chancen.

Die intensive Ansprache der Medien gehört dazu. Die Pressestelle des Landesverbandes ist der Ansprechpartner der Medien, soweit Interessen von mehr als lokaler Bedeutung tangiert sind. Die Medienarbeit vor Ort und in den Regionen bleibt in gleicher Weise wichtig.

Ortsvereine und Unterbezirke finden bei der Erstellung attraktiver Internetangebote Unterstützung durch den Landesverband. Auf der Basis eines Redaktionssystems wird der zeitliche und finanzielle Aufwand für die regelmäßige Pflege von Homepages minimiert und werden die Arbeitsabläufe optimiert. Mandatsträger erhalten dadurch gleichzeitig eine weitere Möglichkeit, ihre Informationen zu verbreiten. Landes- und bundespolitische Inhalte werden von einer gemeinsamen Redaktion für ganz NRW aufbereitet allen Gliederungen zur Verwendung zur Verfügung gestellt.

Regionale Zusammenhänge und Verbünde der Zusammenarbeit (z.B. Regio Aachen, Münsterland) lassen sich mit geringstem Aufwand mit Hilfe des Redaktionssystems nach außen hin darstellen. Darüber hinaus wollen wir die elektronischen Medien dazu nutzen, Zusammenarbeit in der Region durch Bereitstellung von Arbeitswerkzeugen zu vereinfachen. Solche Hilfen sind regionale Newsletter, geschlossene Diskussionszirkel, gemeinsame elektronische Terminkalender etc.

Zur kostensparenden und dennoch schnellen direkten Ansprache werden eMail-Verteiler auf allen Ebenen aufgebaut und gegenseitig zur Verfügung gestellt.

## II. 6 Bildung und Qualifizierung

Partei braucht Kompetenz. Die ständig zunehmende Professionalisierung der Politik auf allen Ebenen erfordert erhöhte Anstrengungen im Bereich der Bildung und Qualifizierung der Mitglieder und besonders ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter/innen. Das ist auch praktische Nachwuchsförderung. Die Angebotspalette wird auf vier Säulen beruhen:

1. Allen Mitgliedern muss zu den wesentlichen Politikbereichen ein qualifiziertes Angebot zur politischen Bildung zur Verfügung stehen.
2. Die ehrenamtlichen Funktions- und Mandatsträger/inne/n erhalten spezifische Angebote zur Weiterbildung und Qualifizierung. Die Kommunalakademie wird spezielle Maßnahmen für die kommunalen Mandatsträger/innen anbieten.
3. Zur Unterstützung und als Hilfe für die Projektarbeit in Ortsvereinen und Unterbezirken wird es einen Pool von ehrenamtlichen Moderatorinnen und Moderatoren geben, der landesweit zur Verfügung steht.
4. Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD tragen erheblich zum Erfolg unserer Arbeit bei. Sie werden auf die vor uns liegenden Aufgaben durch eine systematische, verbindliche berufliche Fort- und Weiterbildung vorbereitet.

Weiterbildung und Qualifizierung haben nicht nur positive Auswirkung auf die Parteiarbeit, sondern helfen auch in Beruf und Privatleben.

## III. Aufgaben der Partei vor Ort, in der Region und im Land

Nah dran zu sein an den Menschen - das macht den größten Teil unseres Erfolges aus, und daran müssen sich auch die Parteistrukturen orientieren. Unabdingbar ist deshalb die Präsenz in der Fläche unseres Landes, d.h. in den Städten und Kreisen. Innerparteiliche Gremienarbeit muss effizienter werden. Sie ist die Grundlage für eine verstärkte Vertrauens- und Öffentlichkeitsarbeit.

### III.1 Der Ortsverein

Basis der Partei sind der Ortsverein, der Stadtverband und der Unterbezirk. Je nach Größe und Stärke müssen sie die Aufgaben zuordnen und die Arbeitsplanung vereinbaren.

Der Ortsverein ist die grundlegende Organisationseinheit der Partei. Und das soll so bleiben. Er ist die Klammer, für viele auch die po-

litische Heimat. Der Ortsverein ist in der Regel die erste Anlaufstelle für Mitglieder und interessierte Bürger/innen, der erste Adressat in der Kommunalpolitik und die Visitenkarte der SPD. Er soll auch Plattform für Bürgerbeteiligung sein. Ortsvereine übernehmen dabei für die Partei wichtige Aufgaben indem sie

- sich als Ort profilieren, in dem die lokal bedeutsamen Problemlagen aufgegriffen, zur Diskussion und Entscheidung gestellt werden (Meinungsführerschaft),
- offensiv auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen und Position beziehen und so den Ausgangspunkt der politischen Willensbildung darstellen,
- die Mitglieder beteiligen und Möglichkeiten der Mitwirkung anbieten,
- durch ihre Mitglieder die SPD mit anderen Interessengruppen vernetzen,
- Zielgruppenarbeit, Dialog- und Beteiligungsformen über die OV-Grenze hinaus entwickeln,
- Talente fördern und auf Mandate vorbereiten,
- sich an Wahlkämpfen und Kampagnen aktiv beteiligen.

Jede Parteireform muss die Ortsvereine bei der Wahrnehmung dieser Kernaufgaben unterstützen. Neue Arbeitsformen und Konzepte dürfen im Ortsverein nicht zu Mehrbelastungen führen. Ortsvereine müssen im Gegenteil durch gezielte Service- und Informationsangebote besser unterstützt werden. Zum Beispiel durch Qualifizierungsangebote für kommunale Mandats- und Funktionsträger und -trägerinnen und mit Moderationsteams für neue Arbeitsformen.

Der Landesverband bietet den Ortsvereinen an, mit geringem Zeit- und Kostenaufwand ein eigenes Internetangebot zu erstellen und über das SPD-Extranet direkt in der zentralen Informationslinie zu stehen.

### III.2 Der Stadtverband

Sofern in einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde mehrere Ortsvereine bestehen, soll ein Stadtverband gebildet werden. Er nimmt eine zentrale politische Rolle ein, weil er die Arbeit des Stadtrates unmittelbar begleitet. Personalauswahl für den Rat und Programmentwicklung für die Stadtpolitik finden hier statt.

Die Rolle der Stadtverbände verdient - wo möglich - gestärkt zu werden. Ortsvereine soll-

ten deshalb vermehrt prüfen, ob eine intensive Zusammenarbeit im Stadtverband Freiräume für mehr unmittelbar politische Arbeit schaffen hilft.

### III.3 Der Unterbezirk/ Kreisverband

Neben den Ortsvereinen ist der Unterbezirk (oder Kreisverband) die grundlegende politische Ebene der SPD. Er hat eine besondere Bedeutung in der Bündelung von Positionen und Interessen. Er begleitet die Arbeit der Rats- bzw. Kreistagsfraktionen und ist für Personalauswahl und Programmentwicklung zuständig.

Unterbezirke organisieren die politische Willensbildung und sind die adäquate Ebene für Bürgerbeteiligung und Mitgliederaktivierung, die auf andere Fragen zielt als die kleinräumige örtliche Politik. Sie sind auch Servicecenter für Ortsvereine. Zu den Aufgaben gehören heute die Beratung in Rechts- und Satzungsfragen, die Pflege der Mitgliederliste, Finanzen, Druck und Versand, Koordinierung und zentrale Beschaffung im Wahlkampf, Vermittlung von Referentinnen und Referenten und vieles mehr.

Unterbezirke müssen außerdem als Servicecenter für die Öffentlichkeit fungieren. Das bedeutet

- Medienarbeit,
- Auskunftsfähigkeit bei politischen Fragen,
- Kontaktstelle für Organisationen.

Die hauptamtliche Struktur bei den Unterbezirken muss garantiert bleiben. Um ihren politischen Aufgaben gerecht zu werden, müssen zeitaufwändige bürokratische Hemmnisse in den Unterbezirksbüros abgebaut werden.

### III.4 Regionen/ Bezirke

Die Bedeutung regionaler Vernetzung hat zugenommen, gerade auch bei der Lösung ökonomischer Fragen und struktureller Probleme. Viele Themen erfordern andere als die vorgegebenen Grenzen der Gebietskörperschaften. Die Grenzen der SPD-Bezirke spielen dabei keine wesentliche Rolle (z.B. Ruhrgebiet, Landschaftsverbände, Euregios, EU-Fördergebiete u.ä.), aber die Bezirke können hilfreich sein bei der freiwilligen Zusammenarbeit von Unterbezirken.

Interkommunale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene ist unabdingbar. Oft stehen spezifische Interessen und Probleme einer Region im Vordergrund. Meist geht es dabei um Fragen, bei denen ein Interessenausgleich auch gegenüber anderen Regionen angestrebt werden muss. Der Kostendruck kann regionale Zusammenarbeit auch im organisatorischen Bereich sinnvoll machen.

Die Region bekommt als politische Handlungsebene zunehmende Bedeutung, wie das Beispiel der fünf neuen Regionalräte in Nordrhein-Westfalen zeigt. Die Entwicklung und Begleitung regionaler Entwicklungskonzepte im Rahmen der Regionalkonferenzen, aber auch von Vorhaben mit sich änderndem und fallbezogenem regionalen Zuschnitt müssen von der SPD begleitet werden. Regionale Orientierung und regionalpolitische Initiativen sind auch unabdingbar zur Veränderung derzeitiger kommunalpolitischer Mehrheiten.

Regionale Zusammenarbeit darf auf keinen Fall zu regionaler Konzentration, also zum Rückzug aus der Fläche führen. Um eine regionale Ausgewogenheit bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten sicherzustellen, hat es sich bewährt, etwa bei der Aufstellung von Reservelisten zu Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen einen regionalen Proporz zu beachten. Die Mitwirkung an der Listenaufstellung im Rahmen der heutigen Bezirksgrenzen muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Das gilt auch für Funktionen in den Gremien der Partei.

### III.5 Der Landesverband

Der SPD-Landesverband muss die politische Führungs- und Koordinationsebene der ganzen Partei in Nordrhein-Westfalen sein, zuständig für alle Politikbereiche und Repräsentant der Partei innerhalb und außerhalb der SPD. Erforderlich ist die Koordination der sozialdemokratischen Politik zwischen Landesregierung, Landtagsfraktion und Partei und deren Vermittlung ins Land. Zur Entlastung der Untergliederungen und zur Schaffung landesweiter wie regionaler Synergien kann er auch die Verantwortung im verwaltungs- und organisationspolitischen Bereich übernehmen.

Die Planung und Durchführung von Wahlkämpfen erfordert immer mehr Knowhow, Professionalität und einen optimierten Einsatz finanzieller Mittel. Dies kann nur bei Konzen-

tration unserer Kräfte auf die Landesebene ausreichend gewährleistet werden.

Die Öffentlichkeit unterscheidet kaum zwischen den Erfolgen und Misserfolgen von Regierung, Fraktion und Partei. Für sie gibt es die SPD nur einmal. Das macht abgestimmte Geschlossenheit im Reden wie im Handeln unverzichtbar.

Aufgabe des Landesverbandes ist es dabei, die anderen Organisationsebenen mit Handreichungen, Bildungsangeboten und Beratungsleistungen zu unterstützen.

Eine besondere Rolle spielt die Weiterentwicklung zur Online-Partei. Hier soll der Landesverband eine koordinierende, treibende Rolle einnehmen. Schon im Kommunalwahlkampf 2004 wird die innerparteiliche Kommunikation in großem Umfang elektronisch geführt werden.

Der Landesverband ist die Servicezentrale der Partei in Nordrhein-Westfalen. Er stellt ergänzend zum Parteivorstand den Ortsvereinen und anderen Gliederungen zur Verfügung, was ihre Arbeit erleichtert, von Routinen entlastet und stützt. Im Mittelpunkt stehen dabei aktuelle politische Informationen in alltagstauglicher Form, aber auch Angebote der politischen Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung sowie vielfältige organisatorische Dienstleistungen.

### III.6 Arbeitsgemeinschaften

Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD nehmen besondere Aufgaben in der Partei und Öffentlichkeit wahr. Sie bündeln themen- wie gruppenspezifische Interessen von Parteimitgliedern. Es gehört zu ihren Aufgaben vor Ort wie auf der Landesebene, im Vorfeld auch außerhalb der Partei Bürgerinnen und Bürgern Ansprech- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu bieten.

In dieser Funktion nehmen Arbeitsgemeinschaften auch zukünftig eine wichtige Rolle im Parteileben ein. Allerdings müssen auch sie - analog der Gesamtpartei - überprüfen, inwieweit ihre inhaltlichen und gruppenspezifischen Angebote die Menschen erreichen. Sie müssen ebenfalls auf neue Entwicklungen reagieren und zeitgemäße Formen der Beteiligung und Mitwirkung anbieten.

## IV. Modell der zukünftigen Struktur

Die NRWSPD trifft auf dem Landesparteitag am 31. März 2001 Entscheidungen über ihre Struktur und Arbeitsweise für die kommende Zeit. Dabei lässt sie sich von folgenden Überlegungen leiten:

- Ziel ist es, das Land NRW und seine Städte, Gemeinden und Kreise auch in Zukunft im Sinne sozialdemokratischer Politik führend mitzugestalten.
- Dazu stärkt die SPD ihre zukunftsfähigen Strukturen und aktualisiert andere. Sie führt bewährte Traditionen fort, aber sie erneuert sich auch.
- Es soll interessant sein und spannend und es soll Spaß machen, Mitglied der SPD zu sein. Unsere Mitglieder können mitreden, mitentscheiden und mitmachen. Das gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, aber auch für alle anderen Lebensbereiche.
- Die Zahl der Frauen und junger Menschen in unseren Reihen und in Funktionen und Mandaten muss wachsen.
- Volkspartei und mehrheitsfähig bleibt die SPD nur, wenn Ortsvereine, Stadtverbände und Unterbezirke die lebendige Basis der Partei sind. Sie bleiben flächendeckend bestehen, bekommen verstärkt politische Unterstützung und behalten ihre hauptamtlichen Strukturen.
- Die regionale Zusammenarbeit – interkommunal, zwischen Unterbezirken, im Rahmen der Regierungsbezirksgrenzen – wird auf der bisherigen Bezirksebene parteipolitisch begleitet und gestützt.
- Die Nominierung und Platzierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate und Funktionen bleibt in bewährter Weise Angelegenheit der politischen Ebene der bisherigen Parteibezirke.
- Die politische Führung der Partei liegt beim Landesverband. Dessen umfassende Handlungsfähigkeit setzt seine deutliche Stärkung voraus.

Diese politische Führungsaufgabe des Landesverbandes, die Begrenztheit finanzieller

Ressourcen und die Bedingungen von Arbeitseffizienz machen es erforderlich, die Zuständigkeiten von Landesebene und Bezirken klar zu ordnen, politische und organisatorische Doppelarbeit zu vermeiden, den Einsatz zu bündeln und im Bereich von Personal und Finanzen zu Neuregelungen zu kommen. Dabei müssen betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sein.

Für eine Landesebene, die dem neuen Anspruch gerecht werden soll, ist folgende Struktur und Arbeitsweise nötig:

Der Landesverband wird Bezirk. Er hat die umfassende politische Führungsaufgabe und erhält die Personal- und Finanzhoheit. Im einzelnen:

1. Der Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: der/die Vorsitzende, 6 stv. Vorsitzende, der/die Generalsekretär/in, der/die Schatzmeister/in, 30 Beisitzer/innen. Er tagt alle 4-5 Wochen.
2. Das Präsidium als geschäftsführender Vorstand setzt sich regional ausgewogen wie folgt zusammen: der/ die Vorsitzende, 6 stv. Vorsitzende, der/die Generalsekretär/in, der/die Schatzmeister/in, 4 weitere Mitglieder des Landesvorstandes. Es tagt wöchentlich.
3. Generalsekretär/in.
4. Es gibt einen Landesparteirat, dessen Mitglieder von den Unterbezirken gewählt werden und dem auch der Landesvorstand und beratend Mitglieder von Fraktion und Regierung angehören. 100 Delegierte werden von den Unterbezirken entsandt, wobei jeder Unterbezirk ein Grundmandat erhält. Der Landesparteirat ist das höchste Beschlussgremium zwischen den Landesparteitag und tagt 3 bis 4 mal pro Jahr. Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften nehmen beratend teil. Er wählt seinen Vorstand (eine/einen Vorsitzende/n, zwei Stellvertreter/innen) selbst.
5. Kommunalrat als ständiger Arbeitsausschuss von Kommunalpolitikern, Partei und SGK, einschl. Mitgliedern Fraktion und Regierung.



6. Landesgeschäftsführung deutlich verstärkt: Kontakte zu UB/OV, Verwaltung, Organisation, Kampagnefähigkeit, Wahlkämpfe.
7. Die Arbeitsgemeinschaften organisieren sich parallel zu den Strukturen der Partei, darüber hinaus sind Formen regionaler Zusammenarbeit möglich. Die hauptamtliche Betreuung der Arbeitsgemeinschaften erfolgt über das Landes- und die UB-Büros.

Die neue Struktur und der Organisationsaufbau gelten ab 1.1.2002:

Die SPD in Nordrhein-Westfalen gliedert sich in Ortsvereine, Unterbezirke und den Landesbezirk.

Zur Wahrnehmung regionaler Aufgaben und zur regionalen Betreuung werden an den Standorten der bisherigen Bezirke in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf und Köln Regionalgeschäftsstellen mit unverändertem Gebietszuschnitt eingerichtet, die hauptamtlich mit einem/r Regionalgeschäftsführer/in und einem/r Mitarbeiter/in besetzt sind. Die Anstellung erfolgt durch den Landesvorstand im Einvernehmen mit der Konferenz der Unterbezirksvorsitzenden. Sie sind Ansprechpartner der Unterbezirke für die regionalen Belange und ihre Aufgabe besteht in der Organisation, Unterstützung und Koordination der unterschiedlichen Formen regionaler Zusammenarbeit, auch über die eigenen Gebietsgrenzen hinaus. Der Landesverband stellt die sächliche und finanzielle Ausstattung zur Verfügung. Die Regionalgeschäftsstellen sind keine Verwaltungsinstitutionen.

Die Koordination und Planung der regionalen Arbeit erfolgt durch die Konferenz der UB-Vorsitzenden, die eine/n Sprecher/in wählt. Die UB-Vorsitzendenkonferenzen in den Regionen haben ein Initiativrecht gegenüber dem Landesvorstand und dem Landesparteirat.

Für die Aufstellung der Reservelisten (Vorschlag für die nach Wahlgesetz vorgeschriebenen Delegiertenkonferenzen) zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen beruft die UB-Vorsitzendenkonferenz eine Regionalkonferenz ein, in der die Unterbezirke entsprechend ihrer Größe vertreten sind. Diese kann auch zu anderen Zwecken einberufen werden.

Alle 54 Unterbezirke bleiben in ihrem derzeitigen Gebietszuschnitt bestehen. Für die Personalausstattung gilt der Status Quo. Sie werden mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle ausgestattet, diese besteht aus mindestens einem/einer hauptamtlichen Geschäftsführer/in und einem/ einer Mitarbeiter/in. Personalentscheidungen erfolgen nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Unterbezirksvorstand.

Durch die weitgehende Verlagerung von Verwaltungstätigkeiten auf die Landesebene oder in andere noch zu untersuchende Organisationsformen (z.B. durch die Nutzung des Internet) werden die Unterbezirke entlastet und Freiräume für politische Arbeit geschaffen.

Ziel der Neuorganisation ist es nicht, Personal abzubauen. Wir wollen, dass die hauptamtliche Mitarbeiter/innen ihre Arbeitskraft stärker für die politischen Aufgaben einsetzen können und von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Deshalb ist klar: Es wird in diesem Prozess keinerlei betriebsbedingte Kündigungen geben. Die mit dem Prozess verbundenen Umstrukturierungen erfolgen auf der Grundlage eines mit den Betriebsräten einvernehmlich abzustimmenden Personalbewirtschaftungs- und Personalentwicklungskonzeptes.

In Verhandlungen mit den Gewerkschaften wird für den Landesbezirk Nordrhein-Westfalen ein einheitlicher Tarifvertrag angestrebt, der – mit erforderlichen Übergangsregelungen – ab dem 1. Januar 2002 in Kraft treten soll. Die Wahrung des Besitzstandes wird garantiert. Bis zum Inkrafttreten des neuen Organisationsaufbaus am 1.1.2002 werden die vermögens-, personalwirtschaftlichen und finanztechnischen Fragen geklärt. Für die Sonderbeiträge der Parlamentarier wird eine einheitliche Praxis angestrebt. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der die Schatzmeisterin des Landesvorstandes und die Schatzmeister der Bezirke angehören.

Der Prozess der Neuorganisation wird einige Zwischenschritte erfordern, die soweit möglich bis zum Landesparteitag am 31. März 2001 konkretisiert und mit den Bezirken abgestimmt werden.

## V.Reformprojekt, Zielmarken und Maßnahmenkatalog

Der Landesbezirk NRW der SPD wird eine Parteigliederung sein, die die Stärke der NRWSPD nach innen und nach außen selbstbewusst repräsentiert und die politische Gestaltungskraft hat.

Partei ist kein Selbstzweck. Wir werden mit vertrauenswürdigen Personen, überzeugenden Ideen und leistungsfähigen Strukturen Politik machen für dieses Land. Dabei arbeiten wir zusammen mit allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen, die dazu bereit sind. Die sozialdemokratische Politik bleibt die führende politische Kraft in Nordrhein-Westfalen.

Mit der neuen Organisationsstruktur sind die Voraussetzungen verbessert für intensive politische Vertrauensarbeit. Verwaltungsaufgaben sind gebündelt, das entlastet ehrenamtliche Funktionäre und die hauptamtlichen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in den Unterbezirken und in den Ortsvereinen. Der Arbeitsschwerpunkt für diese Aufgaben wird eindeutig beim Landesbezirk liegen: Mitgliederverwaltung, Postservice komplett vom Druck bis zum Versand, Bildungsarbeit, Informationsangebote, Pflege eines Internetportals, Qualifizierungsstrukturen, überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenplanung, Wahlkampforganisation, Finanz- und Kassenverwaltung, Inkasso, Spendenquittungen, Lohnbuchhaltung, Rechenschaftsberichte.

Die NRWSPD bereitet die Arbeit der kommenden Jahre sorgfältig vor:

2001 ist das Jahr der Konzeption. Die Arbeitsplanung wird vorbereitet. Der Prozess der Neustrukturierung wird im Detail organisiert.

2002 ist das Jahr der Kampagne. Wir werben Mitglieder und greifen aktiv in den Bundestagswahlkampf ein.

2003 ist das Jahr der Konkretisierung. Die Kommunalpolitik steht im Mittelpunkt, die Kommunalwahl wird vorbereitet.

2004 ist das Jahr der Europawahl und der Kommunalwahl. Wir kämpfen für den Pendelausschlag zugunsten der SPD in möglichst vielen Städten, Gemeinden und Kreisen. Mit 1999 finden wir uns nicht ab.

2005 ist das Jahr der Landtagswahl. Es geht uns erneut um die Mehrheit für die SPD in Nordrhein-Westfalen.

Als Landespartei sind wir in engem Kontakt zu unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament, im Bundestag und im Landtag. Ab 2001 wird es regelmäßige Abstimmungsgespräche und jährlich eine gemeinsame Klausur geben. Unsere Landesinteressen werden zielgerichtet organisiert.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat eine große Tradition. Darauf sind wir stolz. Wir bleiben auch in Zukunft die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts. In NRW wurde das Zusammenwirken von Arbeit und Umwelt praktische Politik, der Himmel über der Ruhr wurde wieder blau. In NRW verbinden wir Innovation und Gerechtigkeit in moderner Weise. Hier gibt es die markantesten Umbrüche der Industriegesellschaft. Hier gibt es die deutlichsten Schritte in Strukturen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. NRW ist das Flaggschiff der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Deutschland. NRW ist dabei auch europäisches Kernland.

Die NRWSPD ist der stärkste Bezirk der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und werden unseren Beitrag leisten, die Regierungsfähigkeit der SPD in Land und Bund zu sichern und dabei dem Sozialen und Demokratischen im Namen unserer Partei gerecht zu werden.



Für eigene Notizen...

**www.NRWSPD.de**

e.r. medien Vertriebs- und Verlagsgesellschaft mbH  
Falkstraße 73-77 ■ 47058 Duisburg  
PVST ■ Deutsche Post AG ■ Entgelt bezahlt ■ K 10530

## **Impressum:**

**Herausgeber:**

Frank Ulrich Wessel  
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211/ 13622-300, Fax: 0211/ 13622-301

**Redaktion:**

Stefan Lennardt (verantw.)

**Verlag:**

e.r. medien, Vertriebs- und Verlagsgesellschaft mbH

**Druck:**

Druckhaus Duisburg, Juliusstraße 9-21, 47053 Duisburg